Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsverkäufern und in allen Filialen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,25 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Donnerstag, den 16. Juni 1927 — Nummer 138

Aufwertung des Heldtkabinetts

Am Dienstag, während den Verhandlungen des Landtages, fanden ununterbrochen Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien über die Zusammenschiebung der sächsischen Regierung statt. Der Ministerpräsident hat nicht, wie angekündigt, eine neue Regierung ernannt, sondern erklärt, er habe die Rücktrittsgesuche der Minister nicht angenommen. Der Kuhhandel ist noch nicht abgeschlossen. Die langdauernden ständigen Regierungskrisen in Sachsen zeigen die Verworrenheit im Lager des Bürgertums. Trotz der relativen Stabilisierung sind die Gegensätze innerhalb der bürgerlichen Schichten außerordentlich groß. Innerhalb dieser Schichten geht nun die Rauferei darum, wer den Löwenanteil an dem Raub aus dem Proletariat erhalten soll. Gegen die arbeitenden Schichten, gegen die Arbeiterklasse bilden die Parteien sofort eine Einheitsfront. Die Belastung der Arbeiter ist gemeinsames Prinzip, auch der Kampf gegen die Arbeiter.

Wo die Interessen der Kleinbauern und Mittelschichten mit denen der Arbeiter zusammentreffen, wo es gelte eine gemeinsame Front gegen die Großkapitalisten herzustellen, da standen die sogenannten Vertreter der Mittelschichten im Lager der Großkapitalisten und Großagrarier. Jetzt geht die Rauferei um die Ministersitze, die ja nur der äußere Ausdruck für die Bestrebungen, größeren Anteil am Raub aus dem Proletariat zu erhalten. Die Kapitalisten haben eine Anzahl Geschenke erhalten, die Hausbesitzer der Wirtschaftspartei haben schon 24 Millionen bekommen.

Die Deutschnationalen möchten mehr, auch die Aufwerter möchten ein kleines Geschenk. Die ASPS verteidigt Ministersessel. Das ist ihre einzige Rückendeckung bei den Arbeitern und für sich selbst. Sonst haben sie „Erfolge", von denen sie so viel verkündeten, nicht zu verzeichnen.

Heute steht nun ein Mißtrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten Heldt, und ein Auflösungsantrag der Kommunisten. Beide Anträge werden sicher nicht angenommen. Die Parteien, von denen eine für diesen Antrag mitstimmen müßte, die ASPS, die Aufwerter oder gar die Demokraten, sie wissen, daß sie nach einer Wahlschlacht, in der die Arbeiter entscheiden, nicht wieder oder doch nur sehr dezimiert in den Landtag zurückkommen würden. deswegen lehnen sie den Auflösungsantrag ab. Die gemeinsame Front gegen die Arbeiter hält die Gesellschaft zusammen, deswegen wird auch der Mißtrauensantrag abgelehnt werden. Die SPD hat es bisher immer noch abgelehnt, außerparlamentarische Aktionen, die doch Edel so tapfer forderte, daß heißt ja vor Kiel.

Der Ministerpräsiden tdes Bürgertums, Herr Heldt, bemüht sich sehr eine Regierung zusammenzubringen. Die Deutschnationalen sträuben sich aber noch, schon jetzt nachzugeben. Erst sollte Krug von Nidda, ein alter reaktionärer Beamter der königlichen Zeit, Minister werden. Das scheint vorläufig gescheitert, dann hat Heldt dem Abgeordneten Berg das Wirtschaftsministerium angeboten. Berg ist Syndikus der sächsischen Großindustriellen. Um Landtag und Regierung zusammenzuhalten, sind die ASPS-Leute bereit, dem reaktionärsten Flügel der Großindustriellen die Bestimmung über die Wirtschaft auszuliefern. Das nennt diese Partei dann „Interessenvertretung für die Arbeiter".

Neuerdings haben nun auch die Aufwerter Appetit auf einen Ministersessel bekommen. Die Aufwertungsfraktion hat, wie heute durch die TU mitgeteilt wird, ihren Vorsitzenden, den Abgeordneten v. Fumetti, Leipzig, zum Justizminister vorgeschlagen. Die Komödie der sächsischen Regierungsbildung wirkt langsam erheiternd. Wenn es sich nicht um eine für die Arbeiter ernste Angelegenheit handelte, dieser neue Vorschlag könnte wirklich das Zwerchfell erschüttern. Die Heldtregierung wird durch ein adliges Mitglied aufgewertet.

In diesem Durcheinander der Regierungsbildung in Sachsen kennzeichnet sich eine Tatsache, die man nicht übersehen darf. Die bürgerliche Journaille sehen nur „Parteiwirren". Es handelt sich aber hierbei darum, daß die Regierungsbildung in Sachsen offenbart, wie die Reaktion versucht sich in einem Lande mit einer relativ starken und radikalen Arbeiterschaft, mit einem großen Teil kleiner Landwirte, zu verankern. Einen weiteren Schritt auf dem Wege der Reaktion gegen die Massen vorzunehmen und dennoch sich nicht zu offen bloß zu stellen. Das ist das Problem des Regierungskuhhandels.

Dieser ganze Zauber würde zerfliegen, wenn die werktätigen Massen sich in breiterem Umfang erheben und zum Schluß drängen würden. Hier aber liegt die volle Verantwortung noch bei den „linken" Sozialdemokraten, die die Bewegung der Massen abdämpfen, die also der Reaktion auch jetzt positiv Hilfsstellung leisten.

Die Parteien des Bürgerblockes werden ihre Schwierigkeiten überwinden und trotz der eigenen Gegensätze immer wieder eine gemeinsame Front gegen die Arbeiter errichten, solange die Arbeiter zusehen werden. Aber auch aus dieser Regierungskrise zeigt sich deutlich, die Arbeiter werden die Reaktion nicht bezwingen, solange sie nicht die SPD rechter und „linker" Färbung überwunden haben.

Die englische Brandfackel hat gezündet

„Die Minister, die einen großen Teil der Welt kontrollieren, sitzen beisammen . . . Es ist schon so, als ob der Rauch einer Fackel hoch über Europa zöge." (Aus dem Genfer Bericht des Lokal-Anzeigers.)

Die englische Brandfackel hat in Genf gezündet. Der Einbruch in London, der Mord in Warschau, der Bombenwurf in Leningrad, sie sind nicht vergeblich geschehen. Die englischen Verbrecher setzen ihr Werk fort. Herr Chamberlain hat für sie auch in Genf jetzt seinen ersten großen Erfolg. Die Locarnofront ist wieder aufgerichtet. Sie ist aufgerichtet unter der Losung der englischen Bourgeoisie: Imperialisten aller Länder vereinigt euch zum Kampf gegen den Bolschewismus. Die Einigung ist vorläufig erzielt, über die Einheitsfront von Berlin, Paris und London gegen die Komintern. Und jetzt wird es mit Riesenschritten weitergehen, bis die Kriegsfront von Paris-London und Berlin gegen die Sowjetunion aufgerichtet ist.

*

Am Dienstag nachmittag hat Herr Stresemann vor Chamberlain kapituliert. Er brachte sein neuerliches Einschwenken ins Fahrwasser Chamberlains, seine Bereitschaft, gegen den Bolschewismus voran zu kämpfen, mit so bewegten Worten zum Ausdruck, daß man, wie ein Berichterstatter schreibt, in Paris erst gar nicht glauben wollte, daß seine Rede richtig wiedergegeben sei und zur Vorsicht in Genf eigens anfragte, ob auch kein Irrtum vorläge.

Aber es liegt kein Irrtum vor. Herr Stresemann, der vor seinem diesmaligen Auftreten in Genf in Deutschland alle Zeitungsschreiber von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Zeitung gegen die englischen Brandstifter mobilgemacht hatte, Herr Stresemann, den die Völkerbundsleute in Genf mit düsteren Blicken als vermeintlichen „Vertrauensmann Tschitscherins" empfingen, Herr Stresemann, den diesmal sogar die übermütigsten Roßtäuscher der Deutschnationalen als einen der ihren ausziehen ließen, im Vertrauen, er würde diesmal wenigstens einen angemessenen Kaufpreis für den deutschen Imperialismus fordern, der gleiche Herr Stresemann ist schon am zweiten Tage in Genf der besseren Regie Chamberlains, seinen Versprechungen und Drohungen, seiner „Bestürmung" erlegen.

Wie sich jetzt herausstellt, hat er das Stichwort gegen Moskau gegeben: „So lange die Sowjets im Auslande subversive Propaganda betreiben, ist eine wirkliche Zusammenarbeit mit Moskau nicht möglich," hat er unter Bewegung seines Auditoriums erklärt, und „als selbstverständlich" ausgesprochen, daß Deutschland nicht beabsichtige, die Tschekamorde zu verteidigen, daß man wohl einsehe, die Arbeit der 3. Internationale sei für Europa untragbar . . . vielleicht noch einiges mehr." Der Eindruck dieser Erklärung, berichtet der Lokalanzeiger, dem wir sie entnehmen, sei auf sämtliche Mitglieder des Völkerbundrates ein „gewaltiger" gewesen."

*

Könnte es noch einen Zweifel über die neueste Ueberraschung Stresemanns geben, die für uns keine Ueberraschung ist, er würde durch den Protest der deutschnationalen Presse gegen das Auftreten der deutschen Außenpolitik in Genf beseitigt. Nicht, daß die Deutschnationalen Stresemann etwa den Antibolschewismus übelnehmen. Aber nach ihrer Auffassung hat er sein Ostpolitikmanöver zu rasch abgebrochen, hat das Zünglein an der Wage zu billig verkauft. Deshalb meldet die Westarp-Presse schon jetzt Protest an, einen Protest, den sie ihrerseits gewillt ist, so teuer wie möglich für die Deutschnationale Partei ablaufen zu lassen, wenn Stresemann zurückkehrt.

Ein deutschnationales Rundtelegramm aus Genf sagt darüber:

„Die Lage hat hier heute nachmittag eine Entwicklung genommen, die als ebenso bedeutungsvoll als ernst angesehen werden muß . . . Heute haben sich die fünf Siegermächte Deutschland in die Mitte genommen, um es mit sanftem Druck mehr oder wenig „freiwillig" auf den „rechten" internationalen Weg zu bringen. . . . Hat man uns heute systematisch bearbeitet, damit wir umfallen, wenn morgen die Rheinfrage und die Ostkontrolle besprochen werden, oder sollte die Hoffnung auf eine „günstige Atmosphäre" für morgen uns heute zu Zugeständnissen allgemeiner Natur, vor allem in der Russenfrage, veranlassen.

Es hat tatsächlich den Anschein, als halte man uns für soweit gedrückt und eingeschüchtert, daß wir nach jedem Strohhalm greifen. . . . Deutschland muß sich ganz klarmachen, daß es die Bestimmung seines Schicksals selbst in der Hand behalten will. . . . Fast schien es gelegentlich, als sei die alte Vertrauensseligkeit wieder im Aufkeimen. Nie waren aber Mißtrauen und Wachsamkeit mehr am Platze, als in diesen Tagen."

Und noch deutlicher murrt die Berliner Börsenzeitung:

„Der Eindruck verstärkt sich, daß die diesmalige Tagung des Völkerbundrates von England und Frankreich ganz und gar zur Vollendung ihres strategischen Aufmarsches in der Weltpolitik verwertet wird. . . . Unsere Genfer Delegation hat darum zu kämpfen, daß sie die Befreiung des Rheinlandes nicht zum so-und-sovielten Male gegen Vorausleistungen unserseits für halbe und unverbindliche Versprechungen erkauft." Uns sie schließt: „Müßten wir diesmal wieder erleben, was wir seit Locarno jedesmal durchgemacht haben, nämlich das wortbrüchige Versagen der Vertragsgegner, so würden wir auch noch das allerverhängnisvollste Opfer, den Verzicht auf die Freiheit unserer Entschlüsse gegen-

Das Urteil gegen Kowerda

Warschau, 16. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Das Sondergericht gegen Kowerda hat 0,30 Uhr den Mörder zu schwerer Kerkerstrafe ohne zeitliche Begrenzung verurteilt. Das Gericht hat gleichzeitig einen Beschluß gefaßt, auf Grund dessen der Staatspräsident ersucht werden soll, die Strafe in eine 15jährige schwere Kerkerstrafe umzuwandeln.

Verschärfung der Locarnopolitik

Bei den gestrigen Beratungen der Außenminister in Genf wurden die Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen der Locarnomächte gegen die Sowjetunion fortgesetzt. Von der deutschen Delegation wurde über die Verhandlungen ein offizielles Kommuniqué ausgegeben, in dem gesagt wird, daß die Konferenz die in der Schwebe gebliebenen Fragen geprüft und festgestellt habe bis zu welchem Punkt die Erfüllung dieser Fragen gelangt ist und für die übrigen habe man sich über die Mittel und Wege geeinigt, um die Verwirklichung in kürzester Frist zu erreichen. Die Konferenz habe erneut den einmütigen Willen der Mächte bekundet, die Locarno-Politik fortzusetzen, daß sie bisher im Interesse des Friedens wichtige Resultate ergeben habe und noch weiter ergeben werde.

Der Vorwärts betrügt die Arbeiter

Berlin, 16. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Vorwärts zitiert einen Artikel der Iswestija, in dem ausgesprochen wird, Deutschland müsse sich für England oder Rußland entscheiden und könne keine Neutralität durchführen. Der Vorwärts kommentiert diesen Artikel u. a. mit folgenden Zeilen: „Rußland bleibe uns mit seinen Redensarten von der notwendigen Option vom Leibe. Wir fordern vielmehr von der Reichsregierung, daß sie ihre bisherige Neutralität unbedingt auch in Zukunft bewahre — und die Moskauer Machthaber werden uns vielleicht sehr bald dankbar sein, daß es überhaupt eine Macht gibt, die in der Lage und gewillt ist, den notwendigen Vermittler zu führen." Das schreibt der Vorwärts nach der Rede Stresemanns in Genf gegen die Sowjetunion.

Kommunistischer Vorstoß gegen die Mieterhöhung

zum 1. Oktober 1927

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation und folgenden Antrag eingebracht:

Interpellation:

Die Mietsteigerungen am 1. April d. J. auf Grund der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 11. März 1927 und der weitgehenden Freigabe der gewerblich genutzten Räume durch eine Reihe von Länderregierungen haben schwerwiegende wirtschaftliche und soziale Folgen gezeitigt. Sie haben in einer Zeit schwerer Wirtschaftsnot und Massenarbeitslosigkeit zu einer weiteren Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten werktätigen Massen geführt. Sie haben weiter in Zehntausenden von Fällen die direkte Veranlassung gegeben, daß gegen werktätige Mieterfamilien, die wirtschaftlich außerstande waren, die fortgesetzt gesteigerten Mieten aufzubringen, die Wohnungsräumung rücksichtslos durchgeführt wurde. Jede weitere Erhöhung der Mieten muß die Wohnungsnot der breiten werktätigen Massen noch unerträglicher gestalten.

Ist die Reichsregierung bereit, zur Abwendung der unausbleiblichen weiteren Steigerung der Massennot den Reichsarbeitsminister anzuweisen, die in der Verordnung vom 11. März 1927 festgesetzte weitere Erhöhung der Mieten um 10 v. H. der Friedensmiete sofort rückgängig zu machen?

Antrag:

Antrag auf Abänderung der Verordnung des Reichsarbeitsministeriums über Festsetzung einer Mindesthöhe der gesetzlichen Miete vom 11. März 1927:

Der Reichstag wolle beschließen:

Der Reichsarbeitsminister hat die Verordnung über Festsetzung einer Mindesthöhe der gesetzlichen Miete vom 11. März 1927 (Reichsgesetzblatt 1927 I, S. 72) dahin abzuändern, daß die für den 1. Oktober festgesetzte weitere Erhöhung der gesetzlichen Miete unterbleibt.